

Sächsische Zeitung

Fr. 80.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 104.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 16. Februar 1901.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 67.
Telephon Nr. 156.

Geschäftsstelle in Berlin Burgstr. 2.
Telephon Nr. 69.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 16. Februar.

* Die Kanal-Kommission des Abgeordnetenhauses nahm gestern einstimmig das Projekt bezüglich Verbesserung der Verfluth in der unteren Oder, betragend 40.980.000 Mk., an.

* Dem „Neichs-Anzeiger“ zufolge kann den bei der General-Anstalt für noch fällig einlaufenden Anträgen auf Ausweisung von Jubiläumsermahnungen nicht entgegen werden, weil der Vorbehalt zur Zeit erschöpft ist. Eine Nachprüfung in größerem Umfang ist in Aussicht genommen. Um thunlichste Vorbereitung der Denkmünze zu ermöglichen, wird beabsichtigt, das Vorher-Ergebnis auf die sonstigen Stellen der Monarchie von Vornherein entwerfen zu lassen. Anträge an die General-Anstalt auf Umwechslung der Denkmünzen werden nicht mehr berücksichtigt, auch ist die Beantwortung solcher Anträge unmöglich.

* Die „Nord. Allg. Ztg.“ weist darauf hin, daß die dem Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten von Bayreuth auf Anregung der „Allg. Ztg.“ veröffentlicht wurden, die die Verhältnisse der Verhältnisse in der Provinz Bayern nicht mehr berücksichtigt, auch ist die Beantwortung solcher Anträge unmöglich.

* Gegenüber der „Zagl. Rundschau“ wird als unbestritten bezeichnet, daß die Verfassung des General-Konvents des Reiches von Bayreuth auf Anregung der „Allg. Ztg.“ veröffentlicht wurde, die die Verhältnisse der Verhältnisse in der Provinz Bayern nicht mehr berücksichtigt, auch ist die Beantwortung solcher Anträge unmöglich.

* Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern Morgen 9 Uhr den gewöhnlichen Spaziergang im Hamburger Park. Zur Hofkapelle am Donnerstag war außer dem Kultusminister Dr. Studt Oberbürgermeister Lettenbrunnen geladen. Der Reichskanzler Graf von Bülow ist gestern Vormittag um 10 Uhr von Hamburg abgereist. Der Kultusminister Dr. Studt hat Sonnabend Morgen verfallen. Gestern Nachmittag traf das Kaiserpaar in Friedrichshagen ein und feierte um 4 Uhr nach Gumburg zurück.

* Verlautbarung. Der Großherzog von Hessen mit seiner Tochter, Prinzessin Elisabeth, ist gestern in Petersburg angekommen. Der Kriegsminister von Gokler wird sich demnächst nach Danzig begeben, um am Sonntag Nachmittag 2 Uhr stattfinden Besichtigung seiner Schwägerin, der Frau Oberpräsidentin v. Gokler, beizubringen. Die Verlegung, welcher eine Konferenz im Oberpräsidentenhaus vorzuzugeln, wird nicht, wie ursprünglich geplant, in Glocenbura, dem Geburtsort der Reichherren, sondern auf dem St. Bartholomäus-Kloster in der großen Allee zu Danzig erfolgen, wo Herr v. Gokler ein Gebirgsbüro zu errichten beabsichtigt. Der Reichsminister des Reichsministeriums, Staatsminister v. Gokler, wird am 21. d. M. in Danzig ankommen und am 22. d. M. nach Berlin zurückkehren und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen. Der deutsche Konsul in Wisby (Schweden) Carl Laurentius Elm an geboren.

* Maschinengewehr. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission gab ein Vertreter des Kriegsministeriums bei Beratung des Militäretats eingehende Mitteilung über neu eingeführte Maschinengewehr. Im Interesse der Schlagschwindigkeit der Armee sei geboten, Maschinengewehr-Abteilungen zu errichten. Die mit der Verwendung von Maschinengewehren abwechselnden Versuche seien günstig ausgefallen. Diese Gewehre seien dazu bestimmt, die Feuerkraft der Infanterie zu verstärken. Ein solches Gewehr gebe 300 Schuß in der Minute. Die Wirkung der Maschinengewehr sei um je größer, als sie selbst nur ein sehr kleines Ziel dem Feinde bieten und sich leicht im Gelände verbergen lassen. Es sei beabsichtigt, sämtliche Armeekorps mit solchen Maschinengewehren auszurüsten und zu diesem Zwecke Maschinengewehr-Abteilungen zu bilden, die je einem Jäger- oder Infanterie-Bataillon in derselben Art wie die Eskadrons-Jäger zu Pferde den Kavallerie-Regimenten angegliedert werden sollen. Aus finanziellen Rücksichten werde die Errichtung allmählich vermindert werden.

* Die XII. Reichstagskommission nahm gestern in der 1. Sitzung über das Verträgegesetz des Reichs in verschiedenen Abänderungsanträgen an. Der Reichsminister des Reichsministeriums, Staatsminister v. Gokler, wird am 21. d. M. in Danzig ankommen und am 22. d. M. nach Berlin zurückkehren und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen. Der deutsche Konsul in Wisby (Schweden) Carl Laurentius Elm an geboren.

enthaltenen Absätze 1) und 2) bestimmen, daß nachträglich verfallter Schammeln abgehört ist, und die verändernden Regierungen mit den zuständigen fremden Regierungen die Schammelnbestimmung in den dem Zollgebiete angehörenden Staaten und Gebietsstücken, die Erneuerung der Steuer für den im gegenliegenden Artikel festgesetzten Schammeln oder die Veränderung einer Steuerbestimmung betreffen können. Der Reichsminister des Reichsministeriums, Staatsminister v. Gokler, wird am 21. d. M. in Danzig ankommen und am 22. d. M. nach Berlin zurückkehren und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen. Der deutsche Konsul in Wisby (Schweden) Carl Laurentius Elm an geboren.

* Die Getreidefrage in den Landtagen. Auf die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten über die Stellung der meiningischen Regierung zur Erhöhung der Getreidezölle antwortete der Staatsminister Heyn in Landtage des Herzogtums, daß er offiziell von einer solchen Absicht nichts wisse. Von verschiedenen Seiten wurde im Gegenhalt zu dem Interpellanten die Erhöhung der Getreidezölle für notwendig erklärt. Der hessische Landtagsabgeordnete Köhler (Langsdorf), der zugleich dem Reichstage angehört, hat in der zweiten hessischen Kammer beantragt, die großherzogliche Regierung zu erwidern, ihre Vertreter im Reichstage dahin zu instruieren, daß bei den Handelsvertrags-Verhandlungen nur einen Mindestsatz von 7 Mk. für die vier Getreidearten zuzulassen.

* Gegen die baltische Agitation. Eine Anzahl dänischer Unternehmern aus der Nordseebrücke auf Allen, die bei dänischen Arbeitnehmern in Arbeit setzen, waren gestern zum Amtsvorsteher geladen worden, worüber ihnen erklärt wurde, daß die deutschen Arbeitnehmern zu nehmen, andererseits die Ausweisungen zu genehmigen hätten. Die meisten Arbeitnehmer sind dieser Aufforderung nachgekommen.

* Die Bürgergeschäftsstellen in Gumburg. Bei den gestrigen Verhandlungen zur Bürgergeschäftsstellen in Gumburg, die bei dänischen Arbeitnehmern in Arbeit setzen, waren gestern zum Amtsvorsteher geladen worden, worüber ihnen erklärt wurde, daß die deutschen Arbeitnehmern zu nehmen, andererseits die Ausweisungen zu genehmigen hätten. Die meisten Arbeitnehmer sind dieser Aufforderung nachgekommen.

* Wo bleibt die Neutralität? fragt die „Zagl. Rundschau“, und antwortet: „Wie wir bereits erfahren, liefert die Berliner Firma August Ab Schöne, Aktien-Gesellschaft für Militär- und Artillerie-Verordnungen, auf Umwegen nach wie vor Kriegsmaterial in bedeutendem Umfang an die englische Regierung. Die Firma stellt augenblicklich wieder in Unterhandlung wegen Lieferung von etwa 30.000 Stück Sättel für die neu aufzustellende Kavallerie-Regimenter.“

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensaal.

27. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische v. Hohenhausen. Die Beratung des Etats des Innern wird fortgesetzt. Abg. Westermann (frk.) fordert eine Reform des Kommunal-Abgabens-Gesetzes zur Entlastung des Realbesitzes. Die Lasten müßten nicht mehr als bisher von den Schulden der wirtschaftlich Schwachen genommen werden.

Abg. Westermann (frk.) fordert eine Reform des Kommunal-Abgabens-Gesetzes zur Entlastung des Realbesitzes. Die Lasten müßten nicht mehr als bisher von den Schulden der wirtschaftlich Schwachen genommen werden.

Abg. v. Goltz (frk.) bezieht sich über die zunehmende Verwendung militärischer Rollen in deutsche und beklagt sich über sonstige Abgaben-Abteilungen der Polen durch deutsche Beamte.

Abg. Westermann (frk.) verweist auf die großpolitische Bewegung im westlichen Antriebsgebiet, durch die dem Aufgehen der politischen Einmünder in die deutsche Bevölkerung ein künstlicher Widerstand entgegengetrieben werde. Im rein deutschen Landesheilen sollte bei der öffentlichen Erörterung politischer Angelegenheiten die deutsche Sprache vorgezogen werden.

Abg. v. Wenzel Behnken (konf.) bemerkt, daß die deutsche Bevölkerung der Konfession in Polen wünsche, daß die Regierung an ihrer letzten Resolution unbeteiligt sei.

Auf die Anfrage des Abg. v. Wenzel Behnken (konf.) erwidert ein Mitglied des Reichstages, daß die Regierung die Befugnisse des Reichstages nicht mehr als bisher von den Schulden der wirtschaftlich Schwachen genommen werden.

sprechen. Die Verhandlungen hätten wohl kaum den Umfang angenommen, wenn der Minister im Reichstage Rede und Antwort gegeben hätte. (Sehr richtig!) Die Auslegung der Reichsgerichtsordnung durch die Freimünzen ist mir ganz neu. Nichts hat man angenommen, daß der § 1 der Reichsgerichtsordnung, der die Verantwortlichkeit festsetzt, sich nur auf die Zulassung zu einem Gewerbe bezieht, aber nicht auf die Ausübung; daß alle die Ausübung des Gewerbes betreffende Einschränkungen Sache der Landesregierung seien. Ich erinnere § 1. an den Kommentar des früheren Reichstages Abg. Kohl, wo Sie diesen Grundlag erläutern. Daraus folgt, daß die Reichstags über ein Gewerbe, als auch die Reichsregierung, Landesbehörden, nur darf die landesrechtliche Beschränkung eines solchen Gewerbes, wie das Theater, nicht einem Verbot gleichkommen. Das Gesetz und Reichsregierung beschränkt nicht, aber davon bei der preussischen Reichsregierung keine Rede ist. Die Ausführungen der Abgeordneten Müller und Voss sind nicht gelungen. Hier muß der Reichsregierung strenger vorgehen als bisher. Besser wäre es allerdings gewesen, Sie hätten unsere Theatervorarbeiten bei der sog. lex Gensse angenommen. Tamsal meinten die Freunde Müllers, die Reichsregierung der Genur sei nicht mehr als der Reichsminister v. Theatersparagraphe, heute beauftragt man das Ungeheuer.

Minister des Innern v. Hohenhausen: Ich danke dem Redner für die Verteidigung, die er der Reichsregierung und meinen Behörden gegenüber leistet. Das Wiederholen der Barriere habe ich für Berlin möglich verstanden. Die Schwierigkeiten sind nicht unendlich, sondern nur die Art der Barriere. Wir werden energisch einschreiten, wenn wir darauf aufmerk gemacht werden. Jeder Ausländer, der sich längere Zeit, kann ausreisen werden, das ist ein unpassender Grundlag unseres Reiches. Wenn in Schleswig neubedingt mehr Gebrauch davon gemacht werde, so lag das in der dortigen Bevölkerung; jetzt moan auch die Deutschen den Kopf wieder zu erheben, dann der Landtag des Reichs v. d. R. In weiteren Tagen Vorgehen werden wir zur Durchführung auch in Norddänisch kommen (Beifall). Schluß nach 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr.

Am Bundesratstische v. Rühlens, v. Goltz. Auf der Tagesordnung des Reichstages befindet sich die 40. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr. Die Beratung des Reichstages wird fortgesetzt. Abg. Westermann (frk.) fordert eine Reform des Kommunal-Abgabens-Gesetzes zur Entlastung des Realbesitzes. Die Lasten müßten nicht mehr als bisher von den Schulden der wirtschaftlich Schwachen genommen werden.

Abg. Westermann (frk.) fordert eine Reform des Kommunal-Abgabens-Gesetzes zur Entlastung des Realbesitzes. Die Lasten müßten nicht mehr als bisher von den Schulden der wirtschaftlich Schwachen genommen werden.

Abg. v. Goltz (frk.) bezieht sich über die zunehmende Verwendung militärischer Rollen in deutsche und beklagt sich über sonstige Abgaben-Abteilungen der Polen durch deutsche Beamte.

Abg. Westermann (frk.) verweist auf die großpolitische Bewegung im westlichen Antriebsgebiet, durch die dem Aufgehen der politischen Einmünder in die deutsche Bevölkerung ein künstlicher Widerstand entgegengetrieben werde. Im rein deutschen Landesheilen sollte bei der öffentlichen Erörterung politischer Angelegenheiten die deutsche Sprache vorgezogen werden.

Abg. v. Wenzel Behnken (konf.) bemerkt, daß die deutsche Bevölkerung der Konfession in Polen wünsche, daß die Regierung an ihrer letzten Resolution unbeteiligt sei.

Auf die Anfrage des Abg. v. Wenzel Behnken (konf.) erwidert ein Mitglied des Reichstages, daß die Regierung die Befugnisse des Reichstages nicht mehr als bisher von den Schulden der wirtschaftlich Schwachen genommen werden.

Abg. Westermann (frk.) verweist auf die großpolitische Bewegung im westlichen Antriebsgebiet, durch die dem Aufgehen der politischen Einmünder in die deutsche Bevölkerung ein künstlicher Widerstand entgegengetrieben werde. Im rein deutschen Landesheilen sollte bei der öffentlichen Erörterung politischer Angelegenheiten die deutsche Sprache vorgezogen werden.

Abg. v. Wenzel Behnken (konf.) bemerkt, daß die deutsche Bevölkerung der Konfession in Polen wünsche, daß die Regierung an ihrer letzten Resolution unbeteiligt sei.

